



Fraktionsbüro der AfD Darmstadt

Holzstr.2, 64283 Darmstadt

TEL : 06151 6279 404

FAX : 06151 6279 402

www.AfD-Darmstadt-Fraktion.de

www.facebook.com/AfD-Fraktion-Darmstadt

info@AfD-Darmstadt-Fraktion.de

PRESSEERKLÄRUNG der AfD-Fraktion vom 13.6.2017

Darmstädter Finanzen

Darmstädter Bürger und Gewerbe sollen zur Kasse gebeten werden

Im Haushalt 2017 tut sich ein Finanzloch von 52 Mio. Euro aufgrund von Gewerbesteuermindereinnahmen auf. Die AfD sieht in den vom amtlichen Magistrat vorgetragene Konsolidierungsmassnahmen positive Ansätze, diese reichen aber bei weitem nicht aus, zumal mittelfristig Darmstadt Kassenkredite in der Größenordnung von 15 – 20 Mio. Euro jährlich abbauen müsste.

Bedenklich erscheinen der AfD auch die zusätzlichen Mehrausgaben im Sozialetat von über 10 Mio. Euro. Diese Ausgaben wurden zu wenig erläutert, meint die AfD. Darmstadt leiste sich auch freiwillige Leistungen in einer Größenordnung von über 100 Mio Euro, wie der Kämmerer in dem Fraktionsgespräch auf Nachfrage mitteilte. Diese müssten erstmal auf Einsparmöglichkeiten durchforstet werden.

Auch sei zu fragen, welche Einsparmöglichkeiten es bei den über 130 städtischen Unternehmen gäbe:

-durch stringentes Kostenmanagement und nicht zuletzt durch Veräußerung.

Auch die Rückführung von 18 Mio. Euro zur Stärkung der Finanzkraft der ENTEGA ist zu hinterfragen.

Allein mit der vorgelegten Massnahmenliste der Kämmerei werde die Finanzlücke nicht zu schließen sein.

An den Schrauben der Einnahmeerhöhung durch Anhebung der Steuersätze bei Gewerbe- und Grundsteuer zu drehen, sei ein typischer Pawlowscher Reflex der Politik, könne aber für die AfD nur ULTIMA RATIO sein.

Da sich die finanzielle Situation mittelfristig kaum ändern werde, die jährliche Tilgung der Kassenkredite in einer Größenordnung von 15 – 20 Mio. ins Haus stünde, fordert die AfD, der Haushalt in 2017 müsse grundlegend konsolidiert und sämtliche Großprojekte und ihre Planungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Die AfD-Fraktion würde die nachfolgenden Projekte im Rahmen der mittelfristigen Planung wie folgt priorisieren:

- Das Berufsschulzentrum sowie das Nordbad bleiben unantastbar
- Das Projekt Mathildenhöhe sei entsprechend den Chancen für den Weltkulturerbestatus zu diskutieren
- Die Landessgartenschau sei zu streichen
- Die Lichtwiesenbahn sei zu streichen
- Der Masterplan 2030 sei zu streichen

Die AfD betont: Wir lehnen die geplanten Steuererhöhungen (beide, sowohl Grundsteuer als auch Gewerbesteuer) ab, da noch genügend andere Möglichkeiten bei Einsparungen auf der Ausgabenseite existieren!

Stattdessen sollte die Stadtregierung den Oppositionsparteien gestatten, mit ihr im Rahmen einer interfraktionellen Arbeitsgruppe gemeinsame Haushaltssanierungsvorschläge zu erarbeiten.

Darmstadt, den 12.6.2017

mit freundlichen Grüßen